

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune

Informationen in Stichworten über den 7. Altenbericht der Bundesregierung

AWO-Fachtagung „Gut leben im Alter. In NRW“, 4. September 2017, Bochum

I.

Vorbemerkungen:

Politik und gesellschaftliches Handeln für ältere Menschen gewinnen an Bedeutung, weil der demografische Wandel einen starken Anstieg älterer Menschen erwarten lässt. Damit steigt auch das Erfordernis, die spezifischen Bedürfnisse dieser Generation zu kennen und zu beachten.

Es ist unerheblich, ob die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland von 2017 bis 2030 einen Anstieg des Anteils der 65jährigen von 18% auf 25 % erwarten lässt. Wir dürfen nicht bis 2030 warten – denn wir sind mittendrin in diesem Prozess!

Es ist viel geforscht und aufgeschrieben. Jetzt ist Handeln angesagt. Schon jetzt ist es für manche Reaktion zu spät.

Jede Verbesserung der Lebensbedingungen für ältere Menschen ist auch ein Gewinn für jüngere Generationen (Beispiele: barrierefreier öffentlicher Raum, barrierefreies und kostengünstiges Wohnen, Sicherung der Mobilität und wohnortnaher Versorgung).

Also: Altenpolitik ist – anders als in manchen politischen Auseinandersetzungen dargestellt – verbindend und kein Konfliktpotenzial!

II.

Der 7. Altenbericht ist von folgenden Grundsätzen geprägt:

- Selbstbestimmung und Menschenwürde
- Soziale Teilhabe und Mitbestimmung
- Abbau der verschiedenen Ungleichheiten

- Breitere Basis für Sorge und Mitverantwortung einer alternden Gesellschaft herstellen; Förderung Eigenverantwortung, des freiwilligen Engagements
- Verbleib in der eigenen häuslichen Umgebung so lange wie möglich
- Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wandels (Familienstrukturen, Beruf, Wohnbedingungen, Mobilität/Flexibilität pp.)
- Stärkung der kommunalen Verantwortung und der subsidiären Hilfesysteme; Einfluss von kommerziellen Entwicklungen nach Privatisierung sozialer Dienstleistungen beachten und eingrenzen
- Absicherung durch die Sozialstaats-Strukturen (Art. 20 und 28 GG)
- Versäulte Strukturen in Sozialsystemen aufbrechen bzw. vernetzen

III.

Wissenschaftliche und praxisbezogene Analysen in folgenden Bereichen:

- Soziale Ungleichheiten (Frauen/Männer, Arm/Reich, physische und psychische Beeinträchtigungen, sexuelle Orientierung pp.)
- Gesundheitsversorgung (Strukturen, Ökonomisierung, Fachkräfte, medizinisch-technischer Fortschritt pp.)
- Pflegeversorgung (incl. haushaltsnahe Dienstleistungen)
- Alten- und behindertengerechter, bezahlbarer Wohnraum
- Barrierefreier öffentlicher Raum
- Regionale Disparitäten, Stadt-/Land-Gefälle
- Unterschiedliche Kommunalstrukturen (Größe, Finanzkraft pp.)
- Sicherung, Weiterentwicklung von Mobilität im engeren und weiteren Sinne
- Gestaltung und Förderung von sozialen Netzwerken, Selbsthilfe- und Sorgestrukturen sowie des freiwilligen Engagements
- Möglichkeiten des Einsatzes technischer Hilfesysteme (in Haushalten, in der Gesundheits- und Pflegeversorgung pp.)

IV.

Rolle der Kommunen/Lokale Politik:

- Objektive Analyse und verpflichtende Planung der Altenhilfe und der Altenarbeit im Rahmen einer erweiterten Sozialplanung (orientiert an Kinder- und Jugendhilfe-Planung oder an Psychiatrie-Planung)
- Quartiersorientierung und -entwicklung als Grundprinzip (nicht nur für Altenpolitik)
- Grundsätze der Prävention und der Nachhaltigkeit beachten
- Einfluss der Kommunen auf die Gesundheits- und Pflegeversorgungs-Planung ausbauen
- Sicherung der Mitwirkung und Mitbestimmung der älteren Generation im Quartier und im politischen Raum
- Kreativität, neue Formen der Altenarbeit und generationenübergreifendes Handeln entwickeln/fördern
- Vernetzung von Hilfe- und Förderstrukturen, von freiwilligen und professionellen Beteiligten/Anbietern, Nutzung von Synergien
- Bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Bund und Länder (ggf. mit Zweckbindung der Mittel) ggf. in Form einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge“
- Schaffung eines „Leitgesetzes“ zur Stärkung einer Politik für ältere und mit älteren Menschen (in Anlehnung an § 71 SGB XII)
- Siehe auch Anl. Nr. 42 – 45 der Empfehlungen der 7. Altenberichtscommission

Aus den Grundprinzipien, den Analysen und den Vorschlägen könnte bei entsprechendem konkretem Willen eine zukunftsfähige, solidarische Gemeinschaft entwickelt werden.